Verbände : Tagung und Generalversammlung des Schweizerischen Werkbundes

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **53 (1966)**

Heft 1: **Universitätsgebäude in England**

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Erkenntnis zu gewinnen. Die beiden Kurven in Schema 1 zeigen die Verteilung der Stadtbevölkerung im Jahre 1941 und jene im Jahre 1960. Wir erkennen eine Wellenbewegung von innen nach außen. Die Zahl der innerhalb einer 1,5-km-Distanz Wohnenden nimmt immer mehr ab, die der weiter als 3 km von der Kernzone entfernt Wohnenden immer mehr zu. Schlußfolgerung: Die Feststellung, daß die Verkehrsbetriebe alle innerhalb eines 1,5-km-Radius Wohnenden in 10 Minuten zum Zentrum befördern, verliert von Jahr zu Jahr an Bedeutung, weil es innerhalb dieser Distanz immer weniger zu befördernde Personen gibt.

Zwischen dem 3-km-Ring und dem 4-km-Ring jedoch steigt die Einwohnerzahl rasch an. Diese Gebiete liegen aber großenteils schon außerhalb der 20-Minuten-Grenze. Auch zwischen 4 und 6 km Entfernung hat sich die Bevölkerung in zwanzig Jahren verdoppelt, in Gebieten also, von denen aus man nicht einmal mehr in einer halben Stunde per Tram oder Bus die Kernzone der Stadt erreicht.

Es wäre falsch, anzunehmen, daß es sich bei den in den Außengemeinden der Agglomeration Wohnenden um Leute mit ländlichem Lebensstil handelt, daß nur das männliche Oberhaupt einer solchen Familie in die Stadt fährt und daß diese Fahrt die «Fahrt zur Arbeit» sei. Die in den Außengemeinden Wohnenden sind in zunehmendem Maße Städter im Exil, Leute, die innerhalb der Stadtgrenzen keine Wohnung mehr gefunden haben, die aber auf keinen Kontakt mit der Stadt verzichten wollen, also sowohl frischen Fisch kaufen wie exklusive Läden besuchen, wie Plauder- und Bridgenachmittage durchführen, wie ins Theater und ins Kino gehen. Wenn wir also bedenken, daß diese Leute in zunehmendem Maße zu jeder beliebigen Tageszeit und zu beliebig vielen Malen das Zentrum erreichen wollen, so wird klar, daß eine einstündige Reisezeit ins Zentrum und zurück die Exilstädter vor die Entscheidung stellt, entweder sich eine andere Lebensweise anzugewöhnen (was unwahrscheinlich ist) oder zur Erreichung ihrer Ziele andere Mittel zu benützen (was viel wahrscheinlicher ist), nämlich zur Fahrt ins Zentrum den eigenen Wagen, bis dieses völlig verstopft sein wird. Dann beginnt die rapide Entwertung des Zentrums durch eine Entflechtung der heute sich im Zentrum überlagernden Fahrtziele.

Es existieren für die Agglomeration erst sehr wenige Zahlen, die sich auf diese Fragen beziehen. Aber die wenigen zeigen schon eines deutlich: Wenn es je wieder zu einem Instrument zur Beeinflussung der künftigen Strukturentwicklung werden soll, so müßte das heutige öffentliche Verkehrsmittel in ein Schnellverkehrsmittel umgewandelt werden, das an Reisegeschwindigkeit, Frequenz und Dichte des Netzes das heutige System um ein Vielfaches übertrifft.

Martin Geiger

Verbände

Tagung und Generalversammlung des Schweizerischen Werkbundes

Baden, 20. und 21. November

Zwei große Themen standen auf der Traktandenliste, als der Schweizerische Werkbund am Samstag nachmittag zusammentrat: Wohnungsbau und Planung Baden. Das alte Kornhaus an der Limmat, unlängst restauriert und als Jugendhaus verwendet, bildete einen originellen Rahmen der Zusammenkunft. Anstelle des in den Vereinigten Staaten weilenden Obmannes Niklaus Morgenthaler eröffnete Vizepräsident Richard Lohse die Debatten und begrüßte die Delegationen befreundeter Organisationen, des Deutschen Werkbundes, der Württembergischen Landesgruppe und der Schwesterorganisation Œuvre aus Lausanne. Im Namen der Stadt Baden hieß der Stadtschreiber und Präsident der Planungskommission Dr. Victor Rickenbach den SWB willkommen und wies auf die bedeutenden Aufgaben hin, die Baden in letzter Zeit bewältigt hat: auf die Planung der Innenstadt, den Mittelschulbau (Architekten: B. & F. Haller) und auf das neue Thermalbad (Architekt: Otto Glaus). Bedeutende Summen müssen von der kleinen Stadt Baden aufgebracht werden; die Innerstadtsanierung allein wird etwa 50 Millionen an öffentlichem und weitere 50 Millionen an privatem Kapital brauchen.

Wer baut mit uns Werkbund-Wohnungen?

Nach 35 Jahren Pause will der Werkbund erstmals wieder eine Anstrengung in Richtung auf den Bau von Werkbund-Wohnungen unternehmen. Der Versammlung wurde eine kleine Werbebroschüre ausgehändigt, welche auf Initiative des Zürcher Obmanns Architekt Peter Steiger angefertigt worden war und den Titel trägt: «Wer baut mit uns Werkbund-Wohnungen?» Um die Initianten dieses Prospektes herum hat sich inzwischen ein Team gebildet, das auch mit dem Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH in Verbindung steht.

Zum Thema der Wohnungsforschung und speziell im Hinblick auf Werkbund-Wohnungen breitete Prof. Jacques Schader ein reiches Material aus, das er im Laufe der Jahre mit seinen Studenten zusammengestellt hat. Wenn der Werkbund wieder Wohnungen bauen will, so darf es ihm nicht um die bloße bessere Architektur gehen, sondern um die Erfüllung realer Bedürfnisse und sozialer Forderungen. Deshalb muß der Planung dieser Siedlung das Studium der Lebensformen und der gesellschaftlichen Prozesse vorausgehen. Vor allem muß sich der Werkbund freimachen von subjektiven Vorurteilen, die schon für soziale Erkenntnisse gehalten werden oder die gar den Willen ausdrücken, die künftige Bewohnerschaft zu erziehen.

Die Forschungen von Schader, die er da vorführte, betreffen die Diskrepanz zwischen Planung und Nutzung im sozialen Wohnungsbau und studieren das Wohnverhalten der Bewohner im Vergleich zu den Ideen des Architekten und Bauherrn. So verstandene Bauforschung befaßt sich nicht nur mit den technischen Verbesserungen, deren Resultate sich in Geld ausdrücken und für deren Fehler der Architekt haftbar gemacht werden kann. Sie erstreckt sich auch auf jene Gebiete, auf welchen unsichtbare Reibungsverluste entstehen und auf welchen die Verantwortung des Architekten auf moralischer Ebene liegt. Die bloße Rationalisierung ist kurzlebig, wenn sie auf Kosten der Bedürfnisse der Bewohner geht. Hier wäre es die Aufgabe des Werkbundes, einen neuen, umfassenderen Qualitätsbegriff einzuführen.

In einem zweiten Referat stellte Peter Steiger die Arbeiten auf dem Gebiete der Wohnforschung in ihren regionalplanerischen und ortsplanerischen Rahmen. Er zeigte zunächst die Auswirkungen der örtlichen Bauvorschriften. Er demonstrierte an Beispielen, was Routine und mangelnde Überlegung aus den Zwängen der örtlichen Bauvorschriften alles macht. Auf der anderen Seite wies er nach, welchen unsichtbaren Rahmen die einfachsten Bestimmungen der Baugesetze, beispielsweise Ausnützungsziffern und Bauabstände, der Entfaltung der Architektur setzen. «Wir müssen die Routine, die wir nicht haben, revidieren und uns erst noch aneignen» – so lautete seine erste Forderung, die nur derjenige ganz verstehen kann, der mit der initiativen und kreativen Persönlichkeit Peter Steigers vertraut ist.

In der zweiten Hälfte seines Vortrages entwickelte Peter Steiger das Konzept der vorbereitenden Planung einer Werkbund-Siedlung. Die bisherigen Werkbund-Siedlungen waren klein; die Probleme, die wir heute lösen müssen, ob sie nun das Zusammenleben der Menschen oder die rationelle Erstellung betreffen, erfordern die Planung einer gro-



1



2



3

ßen Siedlung, die zwischen 3000 und 10000 Einwohner hat. Die vorbereitende Planung gliedert sich in drei Teile, die gefügeartig ineinandergreifen müssen: regionale Standortuntersuchung, soziologische, ökonomische und rechtliche Siedlungsforschung und schließlich Bauforschung. Um diese Unternehmungen in Gang zu bringen, hat der Werkbund den «Fachausschuß Wohnung» ins Leben gerufen, in welchem über den Werkbund hinaus Architekten und zugewandte Fachleute mitarbeiten.

Planung Baden

Die Wahl des Tagungsortes war vor allem deshalb auf Baden gefallen, weil hier zum ersten Male in der Schweiz eine aus mehreren Fachequipen bestehende Planungsgruppe an der Arbeit ist. Wir verweisen hier auf die Publikation im November-Heft 1965 des WERK. Für die ökonomische und soziologische Forschungsgruppe Metron in Brugg referierte Wilhelm Vogt über die Beschaffung der Planungsgrundlagen. Gerade auf den Abschluß der Verkehrsentlastung der Badener Innenstadt durch die Umfahrung folgt die Neuplanung eben dieser Innenstadt. War man zu kurzsichtig? Hat man den Nutzen der Umfahrung überschätzt? – Die Planung ist ein fortlaufender Prozeß, und von jedem erreichten Punkte der Planung aus müssen die neuen Etappen neu festgelegt werden. Die Voraussetzungen der Planung ändern sich mit dem Erreichen der Zwischenziele. Dieser Prozeß schließt auch die Veränderungen in den Auffassungen und Einstellungen aller beteiligten Instanzen ein: das Publikum, die beschlußfassende Behörde und der Planer selbst «lernen», das heißt, sie revidieren ihre Leitbilder und sehen in einem späteren Zeitpunkt dieselben Probleme in einem neuen Licht. Deshalb ist der Soziologe auch für die Ingangbringung der Einstellungswandlungen gegenüber dem Planungsprozeß verantwortlich.

In seinem kurzen Bericht über die Arbeit des Architekten verglich Hans Litz die Badener Innenstadt mit einem Kaufladen. Der Geschäftsinhaber berechnet auf Grund seiner Umsätze die notwendige neue Verkehrsfläche; sodann überlegt er, welche Verkehrswege er für seine Kunden, sein Personal und seine Zulieferungen einrichten muß. Schließlich gelangt er zu einer integrierten Innenraumgestaltung – im Falle der Badener Innenstadt entspricht dem eine Außenraumgestaltung, ein Fassen der Freiräume, welches das gestaltlose Kontinuum des Raumes zu einem sichtbaren Erlebnis werden läßt.

Über die Arbeit des Verkehrsingenieurs berichtete Hans Barbe. Auf dem Gebiete des Tiefbaus fallen die langfristigsten Entscheidungen. Nichts ist schwerer zu ändern als eine Straße. Deshalb muß auf weite Sicht geplant werden, obwohl diese Fernziele nur in Etappen angesteuert werden. Daraus entsteht die zusätzliche Schwierigkeit, funktionsfähige Etappen zu planen. Jede der ungefähr zehn Jahre umfassenden Etappen beruht auf einer eingehenden Analyse und Prognose, aus welcher ein Konzept hervorgeht, das wiederum an der Analyse und Prognose und später an der Wirklichkeit im Sinne einer Rückkopplung rektifiziert werden muß. Besonderen Wert legte auch der Verkehrsplaner auf den Kontakt mit der Bevölkerung, speziell mit den in der reich mit technischer Intelligenz gesegneten Stadt Baden nicht seltenen «Heimplanern», welche die Öffentlichkeit mit selbstgebastelten Lösungen beglücken wollen. Die Planungsequipe hat alle diese Meinungen ernst genommen, geprüft und in ihren Argumentationen berücksichtigt. So ist zu hoffen, daß ihre Resultate nicht von populären Patentlösungen weggefegt werden.

Die Generalversammlung

Der Apéritif in der Bar des Kursaales war von den Behörden der Stadt Baden gestiftet worden. In pflichtvergessener Weise hat der Berichterstatter des WERK das anschließende Werkbund-Fest nicht im Kursaalrestaurant von Baden, sondern von ferne im trauten Heim mitgefeiert. Auch über die am folgenden Sonntag durchgeführte Generalversammlung berichtet er nur, was er vom Hörensagen weiß. Der Jahresbeitrag für die ordentlichen Mitglieder und die Einzelförderer wurde von Fr. 50.– auf Fr. 60.– erhöht. Überdies wurde der Status von Passivmitgliedern geschaffen, welche durch jährliche Einzahlung von Fr. 15.– ihre Sympathie gegenüber dem SWB bekunden können. Auf Antrag der Sektion Bern wurde über eine Statutenänderung abgestimmt, nach welcher es den Mitgliedern des Zentralausschusses nicht mehr möglich sein soll, sich durch andere SWB-Mitglieder vertreten zu lassen. Der Antrag erreichte wohl eine Mehrheit, aber nicht das für Statutenänderungen erforderliche qualifizierte Mehr.

Wahlen: Die folgenden Mitglieder des Zentralvorstandes befanden sich im periodischen Rücktritt und verzichteten zum Teil auf eine neue Kandidatur: Eichenberger, Bern; Hauswirth, Basel; Ru-

1
Der Vorstandstisch an der SWB-Tagung. Stehend: Vizepräsident Richard Lohse, rechts der ehemalige Präsident, Prof. Alfred Roth

2
Rechts: Prof. Jacques Schader, Referent der Arbeitstagung

3
Im alten Kornhaus-Jugendhaus. Profil: Fritz Thormann

der, Basel; Senn, Basel. Von ihnen wurde Emil Ruder für eine neue Amtsperiode bestätigt, während neu in den Vorstand gewählt wurden: Hans-Peter Baur, Basel; Alfred Hablützel, Bern; und Alfons Keller, St. Gallen.

Über einen Antrag von Architekt Fred Hochstraßer, Ulm/Donau, entspann sich eine längere Diskussion. Hochstrasser verlangte eine Überprüfung der jährlichen Ausstellung «Die gute Form» an der Schweizerischen Mustermesse in Basel. Er wollte klären, ob die Ansicht der Mehrheit der Jury, welche diese Ausstellung betreut, mit derjenigen des SWB noch übereinstimmt. Vom Vorstandstisch her wurde darauf hingewiesen, daß sowohl die Jurierung als auch die Praxis der Ausstellung, welche bisher in der kommentarlosen Präsentation von prämiierten Gegenständen besteht, auch von seiten der beauftragten Kommission her in Überprüfung ist. Das Traktandum wurde deshalb mit dem Ersuchen um Berichterstattung an den Zentralvorstand zurückgewiesen.

Mit gewaltigem zeitlichem Rückstand konnte nun das gemeinsame Mittagessen eingenommen werden, worauf das neue Thermalschwimmbad, die Kantonsschule und schließlich das Wohlfahrtshaus der Brown, Boveri & Cie in Baden besichtigt wurden. L. B.

Wer baut mit uns Werkbund-Wohnungen?

An der Generalversammlung des Schweizerischen Werkbundes wurde ein Prospekt verteilt, dem wir die folgenden Passagen entnehmen:

Es liegt im Interesse der großen industriellen und dienstleistenden Standorte, daß in ihrer Reichweite Wohnungen zu finden sind. Wohnungen zu erschwinglichen Mietpreisen können aber nur noch in einer so großen Anzahl erstellt werden, daß sich die Rationalisierungsmaßnahmen entscheidend auf den Preis auswirken ...

Seit dem Bau der SWB-Siedlung Neubühl hat sich vieles geändert, ist vieles, was damals neu war, zum Allgemeingut geworden. Neue Probleme sind aufgetreten und harren ihrer Bewältigung: Probleme der Planung, der verstärkten Industrialisierung des Bauwesens, des wachsenden Bedarfs an Wohnungen, der Zusammenfassung aller an der Planung beteiligten Kräfte.

Die bisherigen Werkbund-Siedlungen waren klein. Ein Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen Wohnbauprobleme kann aber nur durch eine große Siedlung sinnvoll geleistet werden. Nur in einer Großsiedlung können die heutigen bautechnischen Mittel rationell eingesetzt werden. Das bedingt aber eine umfassende, vorausgehende Arbeit unter Beiziehung von Spezialisten der Bauforschung, von Stadt- und Regionalplanern, Juristen, Soziologen, Wirtschaftsexperten, Hygienikern, Verkehrsfachleuten usw. ... Als ideeller Träger einer solchen Aktion kommt nur eine Vereinigung in Frage, die frei ist von parteipolitischen und wirtschaftlichen Bindungen; eine solche ist der Schweizerische Werkbund.

Die industrielle Bauweise verlangt eine langfristige planerische Konzeption, bei welcher schon im Anfangsstadium an die Verwendung der industriell gefertigten Bauteile gedacht werden muß. Das Studium der Baurationalisierung steht damit in engem Zusammenhang mit Ortsplanung und Architektur.

Auch die gesamte Erschließung muß im voraus rationell geplant werden. Unter den Bedingungen des sogenannten natürlichen Wachstums folgen die kommunalen Leistungen den Notwendigkeiten stets hintennach. Dieses Verfahren ergibt sich aus der beschränkten Leistungsfähigkeit der Gemeinden, ist aber in Wirklichkeit recht kostspielig. Es wäre mit ein Ziel der Projektierung, den Beweis zu erbringen, daß sich im regionalen Rahmen erschließungstechnische Vorleistungen lohnen.

Die Werkbund-Siedlung soll auf das Gebiet einer bisher wenig erschlossenen Gemeinde zu liegen kommen, die sich aber in einer mit Industrie und Dienstleistungen reich ausgestatteten Region befindet. Die Bewohner sollen an den Verdienstmöglichkeiten und an den Dienstleistungen partizipieren, sie sollen sich aber auch an ihrem Wohnort heimisch fühlen. Der Planung der Siedlung wird daher eine Analyse der Region vorausgehen, in welche die Siedlung zu liegen kommt.

Die häufigen Orts- und Wohnungswechsel lassen sich nicht nur durch die Veränderung der Familiengröße und die berufliche Entwicklung erklären. Sie zeugen auch von ungenügenden, zu teuren und schlecht mit Dienstleistungen versorgten Wohnungen und Wohnquartieren. Ziel einer gesunden Siedlungspolitik müßte es sein, Lebensräume zu schaffen, welche von den Bewohnern nur noch ungern verlassen werden.

Die Wohnung muß sich kleineren Veränderungen der Bedürfnisse anpassen können. Das Entwerfen von elastischen, vielfach verwendbaren Wohnungsgrundrissen stellt eine der wichtigsten Forschungsaufgaben auf dem Gebiet des Bauwesens dar.

Häufig sind größere Siedlungen so beschaffen, daß sie von einer einseitig ausgerichteten Bevölkerung bezogen werden – beispielsweise vorwiegend von jungen Leuten. Daraus ergeben sich unerfreuliche generationsmäßige Pulsationen, bei welchen einmal überdurchschnittlich viele, dann unterdurchschnittlich wenige Schulkinder vorhanden sind. Es ist wichtig, die Zusammensetzung der Siedlungsbevölkerung durch ein geeignetes Wohnungsangebot so zu steuern, daß der Bevölkerungsaufbau ungefähr mit jenem der gesamten großstädtischen Region übereinstimmt.

Diese Bedingungen sind nicht nur aus ökonomischen Gründen an die Siedlung zu stellen. Ihre Erfüllung entscheidet auch über die politische Integration der neuen Bevölkerung sowohl in sich wie mit der Kerngemeinde. Jene Gemeinde, die sich entschlossen hat, eine ihrer Einwohnerzahl mehrfach überlegene Bevölkerung aufzunehmen, darf erwarten, daß die Zuzüger in ihrer Mehrzahl interessierte Einwohner und später sogar Bürger dieser Gemeinde werden.

Für die Arbeitsgruppe der Werkbund-Siedlung:
Dr. L. Burckhardt, Soziologe
W. M. Förderer, Architekt
Dr. J. Maurer, Planer (RZU)
N. Morgenthaler, Architekt
Prof. W. M. Moser, Architekt
Prof. M. Rotach, Direktor des O.R.L.-Instituts
Prof. J. Schader, Architekt
Dr. R. Steiger, Architekt
P. Steiger, Architekt
Dr.W. Vollenweider, Jurist
Geschäftsstelle für die Werkbund-Siedlung: Klausstraße 26, 8008 Zürich.

Krankenkasse für schweizerische bildende Künstler

Im Zusammenhang mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Kranken- und Unfallversicherung treten für die bei unserer Krankenkasse versicherten Künstler auf den 1. Januar 1966 folgende Leistungsverbesserungen in Kraft:

1. Wie bisher ist um die Aufnahme in unsere Krankenkasse mittels eines Formulars «Aufnahmegesuch» nachzusuchen, wobei einige Fragen bezüglich Gesundheitszustand und Vorerkrankungen zu beantworten sind. Vorerkrankungen und Gesundheitszustand können indessen nicht mehr zu einer Ablehnung führen. Dagegen können Krankheiten, die bei der Aufnahme bestehen, durch einen Vorbehalt von der Versicherung ausgeschlossen werden; dieser Versicherungsvorbehalt fällt spätestens nach fünf Jahren dahin.

2. Wir erinnern daran, daß unsere Versicherten im Falle von Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit oder Unfall einen Rechtsanspruch auf das statutarische

Taggeld besitzen. Das Taggeld von Fr. 1.–, das wir bisher vom vierten bis und mit dem zehnten Tag der Arbeitsunfähigkeit ausrichteten, wird auf Fr. 2.– erhöht. Das vom elften Tage an zu leistende Taggeld von Fr. 6.– bleibt bestehen.

3. Nach den bisherigen Statuten gewährten wir unsere Leistungen während 360 Tagen im Laufe von 540 aufeinanderfolgenden Tagen. Vom 1. Januar 1966 an wird das Taggeld während 720 Tagen innerhalb von 900 aufeinanderfolgenden Tagen ausgerichtet werden. Gemäß Gesetz würde nach Ablauf der Leistungsdauer von 720 Tagen keine Verpflichtung mehr bestehen, bei späterer Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit oder Unfalls ein Taggeld zu gewähren. Im Sinne einer über die gesetzlichen Erfordernisse hinausgehenden Leistungsverbesserung werden wir nach Ablauf der Leistungsdauer von 720 Tagen und einem Unterbruch der Bezugsberechtigung von zwei Jahren die Genußberechtigung erneut aufleben lassen.

4. Bei Erkrankung an Tuberkulose wird das statutarische Taggeld ausbezahlt werden, und zwar während 1800 Tagen innerhalb von sieben aufeinanderfolgenden Jahren. – Bis anhin waren bei Erkrankung an Tuberkulose keine besonderen Leistungen vorgesehen.

5. Im Falle von Schwangerschaft und Niederkunft werden die gleichen Leistungen wie bei Krankheit gewährt werden; diese Leistungen sind von sechs Wochen auf zehn Wochen ausgedehnt worden.

Jedes bei unserer Krankenkasse versicherte Mitglied – ob es der GSMBA, der GSMB+K oder einer Sektion des Schweizerischen Kunstvereins angehöre – wird ein Exemplar unserer neuen, auf den 1. Januar 1966 in Kraft tretenden Statuten erhalten. Wir werden den Statuten ein Formular beilegen, aus welchem unsere Mitglieder die bei eintretender Arbeitsunfähigkeit zu erfüllenden Formalitäten – die übrigens sehr einfach sind – ersehen.

Krankenkasse für schweizerische bildende Künstler

Der Präsident: Prof. Dr. E. Marchand

Der Vizepräsident: W. Guggenbühl

Jahrestagung des Deutschen Werkbundes

Akademie der Künste, Berlin, 22. bis 24. Oktober

Ein Literat bemerkte kürzlich, unser Tagungswesen bewege sich irgendwo zwischen Konzil und Kegelklub. Wenn das zutrifft, hatte die Berliner Werkbund-Tagung eher konzilhafte Züge; an Klub erinnerte höchstens der Empfang beim Bürgermeister Willy Brandt. Daran ermißt sich die Prominenz, wenn nicht des Werkbundes, so doch der von ihm berufenen Referenten: Bloch, Adorno, Jens, Grass, Bill usw. So macht man das heute, wenn man kulturelle Relevanz betonen und Öffentlichkeitswirkung erzielen will: Ein Thema wird gesucht und dann Leute, die dazu etwas sagen und mit Namen, die vielen etwas sagen. Diese sind es dann sich und dem Publikum schuldig, interessante Aspekte, prägnante Formulierungen zu finden; um das Thema brauchen sie sich nicht unbedingt zu kümmern. Daß man auf diese Weise äußerst divergierende Standpunkte, Blickrichtungen, «Anliegen», Thesen vorgesetzt bekommt, gehört nachgerade zum Stil solcher Veranstaltungen. Man nennt das «Konfrontation» und erwartet sodann zwischen den abgesteckten Feldern Kommunikationen und Gespräche. Es finden aber nur Monologe statt.

Die meisten Referenten kannten den Werkbund, wie sie einleitend bemerkten, nur vom Hörensagen und sprachen, weil sie darin gewichtige Anliegen vermuteten, über Ästhetik, Ornamentlosigkeit oder Zweckgerechtigkeit. Aber im Deutschen Werkbund ist man sich seit langem bewußt geworden, wie fragwürdig die Ausrichtung auf «gute Form» an Kaffeetassen und Kochherden ist. Produktform, Gestaltgebung, Design sind Dinge, die heute jeder Verkaufschef im Vokabular hat; es gehört heute zum «marketing», zum «image» des Hausratfabrikanten, wenigstens mit ein paar Modellen dabei zu sein. Das drängte den Deutschen Werkbund, ganz wie bei uns, in die Rolle des Formrichters und Propagandisten, bis das den Beteiligten unbehaglich wurde und man fand, die saubere Form am Trinkglas nütze nichts, wenn das Wasser darin nicht mehr sauber sei; der Deutsche Werkbund fing an, unter anderem gegen die «große Landzerstörung» zu kämpfen. Aber er begab sich damit in eine ebenso undankbare Rolle, in die des Rufers und Mahners. Es scheint, daß unsre spezialistengläubige Gesellschaft es einem Bund nicht abnimmt, wenn er sich gleichzeitig für schönere Löffel und «die Sicherung unserer Lebensgrundlage» durch «Land-, Stadt- und Raumordnung» einsetzt, «bis hin zur Gesellschaftsstruktur». Löffel haben das Gute, daß sie sich leichter verändern lassen als Landordnungen. Für diese müßte man Ebenen betreten, auf denen man sich nicht sehr gut auskennt, nämlich politische, und so gerät man um so mehr ins Deklamieren, je umfassender die Postulate sind, mögen sie an sich noch so berechtigt sein. Ist diese Problematik der Grund, warum der Deutsche Werkbund mit seiner diesjährigen Tagung neue Ziele anpeilte, oder sind es gar keine neuen, kehrt er damit zu seinem Leisten zurück? Es ging beim Thema «Bildung durch Gestalt» um das Beziehungssystem zwischen Umwelt und Mensch, um Erkenntnisse, worauf die Wirkung der Form beruht, um neue, sich vom geschmäcklerischen Moralisieren lösende Urteilsgrundlagen, also um nicht weniger als eine neue Ästhetik. Damit waren natürlich Referenten wie Zuhörer überfordert, besonders, weil die formal gute, aber im Grundkonzept verfehlte Architektur der Akademie der Künste – sie gehört zu den Experimenten des Hansaviertels – es beiden schwer machte. Zwischen zwei entgegengesetzt ansteigenden Zuschauerräumen ist seitlich auf erhöhter Bühne der Redner postiert, dazu verurteilt, im rechten Winkel an den Hörern vorbei, wie Adolf Loos ins Leere zu sprechen. Die folgenden Notizen müssen sich mit einigen kennzeichnenden Formulierungen begnügen.

Ernst Bloch sprach als zorniger alter Philosoph über Beziehungen zwischen Schönheit und Gestalt. Die Selbstentfremdung, in die wir durch unsere konforme Gesellschaft geraten sind, will überwunden werden durch Bildung. Die vom Zeitstil geprägte Umgebung lenkt und erzieht uns, bringt uns eine Haltung bei. Bloch schildert die Übergänge von der Gründerzeit mit ihrer geschwürhaften Ornamentik, die er Hieroglyphen epigonaler Träume nennt, zur Sachlichkeit, zur genormten Entleerung mit Grünhygiene. Zweckgerechtigkeit täuscht uns mit falschem gutem Gewissen über die Monotonie, die uns zu einer Termitenexistenz in Kuben, Waben, Monstren, Glaskästen zwingt. Betrug durch «Ehrlichkeit», Organisation des Unwesentlichen, Exodusbewußtsein, «Bahnhofshaftigkeit» kennzeichnen das Leben unserer Gesellschaft. Die Künste seien aus der Architektur herausmanövriert. Bloch hofft, daß von ihnen ein Schein zurückfalle, hält ein «Umfunktionieren durch Kunst» für möglich.

Theodor W. Adorno setzte sich mit dem Funktionalismus auseinander. Die Tradition hat uns keinen Kanon des Richtigen und Falschen überliefert; jedes Werk muß auf seine permanente Logik überprüft werden. Das Zweckhafte, meist zu äußerlich gefaßt, kann sublimiert werden, bestimmt aber nicht allein die Form. Das Material trägt seine eigene Form in sich, ist bereits mit Sinn belebt. Das immanente Formgesetz schießt mit dem Zweck zusammen, der in das «produktive Raumgefühl» des Architekten aufgenommen sein will. Es überwindet die «subjektive Expression», die der Architektur unadäquat ist, durch die Forderungen des Subjekts, als das «Gesellschaftlich-Konkrete» verstanden. Menschenwürdige

Architektur denkt vom Menschen besser, als er ist. In der Schlußdiskussion bemerkte Adorno: Ich glaube nicht, daß es Bildung durch oder an der Gestalt gibt. Der Bruch zwischen der fortgeschrittenen Produktion und dem Publikum ist so groß, daß die Gesellschaft noch nicht einmal das, was sie angeht, wahrnimmt. Man sollte deshalb die Hoffnung aufgeben, daß Gestalt wesentliche Beiträge zur Bildung liefert. Aufgabe der Kunst ist nicht, daß sie an der Bildung teilhat, sondern daß sie durch die äußerste Konsequenz in ihrer eigenen Gestaltung diese Kultur denunziert. Sie darf sich an dem verruchten Spiel nicht beteiligen.

Hartmut von Hentig, der Pädagoge, reflektierte über das Schöne. Den Versuch, es hervorzubringen, nennen wir Kunst; diese ist nicht das Werk, sondern der an ihm vollzogene Akt. Das Schöne erweckt Gefühle des Wiedererkennens, die uns die Welt vertrauter und gesicherter erscheinen lassen. Die Erziehung vollzieht sich an der Kunst, wir erziehen nicht für die Kunst. Diese darf in der Schule weder Bildungsziel noch Kompensationselement sein.

Walter Jens gab glänzend formulierte Aperçus zur modernen Literatur, aber er unterließ es, Parallelen zur Gestaltung des Sichtbaren aufzuzeigen.

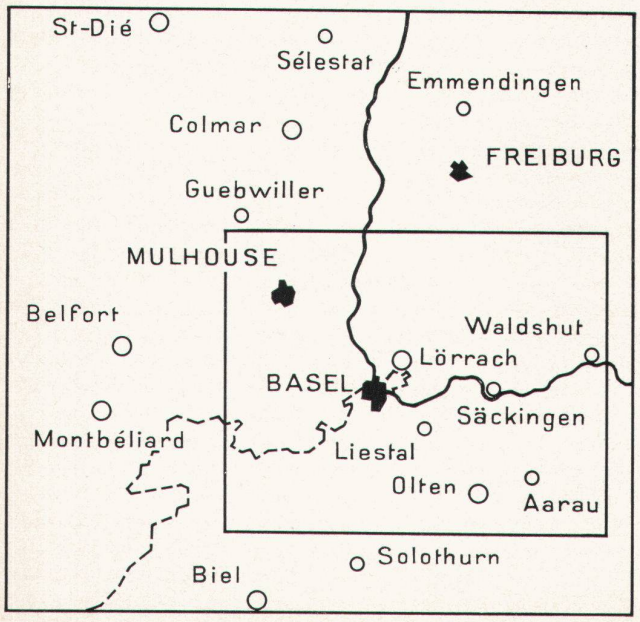
Max Bill machte aus der Not des fehlenden Manuskripts eine Tugend, indem er sich über jene abfällig äußerte, die eins haben, stellte den strapazierten Begriffen Material- und Zweckgerechtigkeit die Gerechtigkeit gegenüber, definierte Bildung als Mittel, uns auf den menschenwürdigsten Stand zu bringen, sprach von der Überschwemmung mit fragwürdigen Produkten und den mehr als bescheidenen Ergebnissen fünfzigjähriger Werkbund-Arbeit. Die Wohlstandsgesellschaft müsse aufgerüttelt werden; wir müßten aus dem Vakuum heraus zur Gestalt gelangen, wobei wir der Kunst als Ordnungsfunktion, als Informations- und Kommunikationsmittel bedürften. Schade, daß das Improvisieren Bill zum Polemisieren verführte; er hätte als einziger über den Prozeß des Formgebens selbst Aufschluß geben können.

Günter Grass, der im Programm mit dem Beitrag über die «Unmöglichkeit, moderne Stühle zu malen» figurierte, enttäuschte die Neugier auf das amüsante Thema; er ließ sich mit dem Vorwand entschuldigen, daß ihn die Büchner-Preis-Verleihung in Darmstadt (wo er gerade sein Improvisationstalent demonstriert hatte) in den Vorbereitungen gestört habe.

Stephan Hirzel, Leiter einer Werkkunstschule, sprach über Bildung. Sie ist noch am Buchwissen orientiert. Bildung durch Kunst ist heute nicht im Bewußtsein der Öffentlichkeit. Auch der Kunsterzieher gehört zu den Spezialisten und bildet zwangsläufig wieder Spezialisten aus. Das korrespondierende Verhältnis zwischen den Sparten der bildenden Kunst läßt zu wünschen übrig. Das spiegelt sich auch im Bereich der Kritik. Wir unterscheiden Kunstkritiker, Theaterkritiker, Literaturkritiker. Jeder hat sein Ressort. Ist partielle Bildung ein Kollektivschicksal unserer Zeit? Ist es eine ausweglose Situation? Noch besteht das Ideal der allgemeinen Bildung. Göttinger Studenten protestieren gegen die Aufsplitterung in Spezialstudien; Verfahrensingenieure rufen nach einem universellen Studiengang. Hirzel zitiert Paul Tillich: «Alles interessiert mich, nichts geht mich an.»

Dieses Wort drückte beinahe die Empfindungen aus, welche die Tagung hinterließ. Alles war interessant, aber weniges ging einen an, weil so vieles in der «Sparte» blieb, geradezu die Aufsplitterung unseres Geisteslebens demonstrierte. Aber diesen Zustand muß der Einzelne überwinden. Er kann in viele Sparten hineingehen, sich vieles angehen lassen, um die Verbindungen zu suchen und zu einer, wenn auch nicht universellen, so doch allseits offenen Bildung und Haltung zu gelangen. Tagungen, Bildungsinstitutionen, sie können es uns nicht abnehmen. Berlin war ein Beispiel für einen Zustand, den Adorno am Schluß so kennzeichnete: «Noch sprechen wir in verschiedenen Sprachen.»

Jacob Müller



Die beiden Kartenausschnitte des Strukturatlas Nordwestschweiz/Oberelsaß/Südschwarzwald

Mitteilungen

Planungsgrundlagen für die «Regio Basiliensis»

Strukturatlas Nordwestschweiz/Oberelsaß/Südschwarzwald

Wirtschaftliche, politische und kulturelle Planung und Entwicklungslenkung ist besonders im Raume Basel eine äußerst dringende Aufgabe. Sie kann nur sinnvoll gelöst werden, wenn der komplexe Aufbau der dreigeteilten Region durch geographische Grundlagenforschung erkannt wird. Die Notwendigkeit, im Raum zwischen Jura, Schwarzwald und Vogesen vergleichbare Unterlagen für internationale Planungsbestrebungen zu schaffen, veranlaßte die Erstellung eines grenzüberschreitenden Strukturatlanten. Seine Aufgabe ist die Aufhellung der natur- und vor allem kulturräumlichen Strukturen der Region. Etwa 80 Karten bringen bedeutsame Tatsachen dieses Dreiländerraumes zur Darstellung. Im Interesse möglichst einläßlicher und differenzierter Erfassung der Raumordnung basiert der weitaus größte Teil der Karten auf den Befunden der 774 Gemeinden des untersuchten Gebietes. Im Zeichen der verstärkten europäischen Integration, welche das Gebiet am Oberrhein ins Zentrum des Gemeinsamen Marktes rückt, vermittelt die Bereitstellung von grenzüberschreitendem Grundlagenmaterial Möglichkeiten zu echter internationaler Zusammenarbeit, welche – bei gleichzeitiger Wahrung der Eigenständigkeiten der drei Länder – die gegenseitigen Bedürfnisse und Wünsche aufeinander abzustimmen imstande ist.

Der Strukturatlas wird im Auftrage der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft von der Atlassektion des Geographischen Institutes der Universität Basel unter der Leitung von Prof. Dr. H. Annaheim erstellt. Die Mehrzahl der großenteils mehrfarbigen Karten umfaßt im Maßstab 1:250000 einen Raum, der im Norden bis Soultz und Feldberg, im Osten bis Waldshut und Koblenz, im Süden bis Zofingen und Moutier und im Westen bis Bonfol und Cernay reicht. Einzelne Karten im Maßstab 1:500000 oder 1:750000 führen darüber hinaus bis Sélestat, Baden (Schweiz), Biel und Montbéliard. Das ganze Werk soll gesamthaft Ende 1966 erscheinen. Es wird als umfangreiche Dokumentation über die Strukturen der Basler Region eine längst und immer deutlicher empfundene Lücke schließen. Ulrich Eichenberger